



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Präsidenten des Deutschen Bundestages
Parlamentssekretariat
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kerstin Griese

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-1070

Fax +49 30 18 527-2479

buero.griese@bmas.bund.de

Berlin, 30. März 2020

**Kleine Anfrage des Abgeordneten Sven Lehmann u. a. und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Existenzsicherung in der Grundsicherung im
Alter“, BT-Drs.19/17925**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf die o. a. Kleine Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Griese

Kleine Anfrage des Abgeordneten Sven Lehmann u. a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Existenzsicherung in der Grundsicherung im Alter“, BT-Drs. 19/17925

Vorbemerkung der Fragesteller:

Menschen, die nach Erreichen der Altersgrenze oder aufgrund einer dauerhaften Erwerbsminderung ihren eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten können, haben Anspruch auf Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) ist damit zentraler Bestandteil des sozialen Grundsicherungsnetzes, welches unabhängig vom Alter und der individuellen Erwerbssituation und -fähigkeit allen Menschen das soziokulturelle Existenzminimum gewährleisten soll.

Die Höhe der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erfolgt wie die Berechnung der Regelbedarfe im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im Rahmen des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und wird jährlich fortgeschrieben. Zum Beginn des Jahres 2020 wurden die Regelbedarfe auf 432 Euro für alleinstehende Erwachsene erhöht (<https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/hoehere-regelbedarfe-in-grundsicherung-und-sozialhilfe.html>). Die

Berechnung der Regelbedarfe wird seit Langem von Seiten der Wohlfahrts- und Sozialverbände aufgrund der strukturellen Unterdeckung und der verschiedenen Rechenricks bei der Regelsatzermittlung kritisiert. Neben den Regelbedarfen werden Leistungen für die Kosten der Unterkunft gewährt. Ob ein Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung besteht, hängt damit auch stark vom lokalen Wohnungsmarkt ab.

Im vergangenen Jahr haben mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland Grundsicherung im Alter sowie eine halbe Million Menschen Grundsicherung bei Erwerbsminderung bezogen (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/03/PD18_114_228.html). Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger steigt seit mehreren Jahren kontinuierlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Dezember 2019 kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der Anspruchsberechtigten der Grundsicherung im Alter trotz eines individuellen Anspruchs keine Leistungen beantragen. Für die Seniorinnen und Senioren würde die Inanspruchnahme der Leistungen laut der Studie des DIW eine Einkommensverbesserung von durchschnittlich 30 Prozent bedeuten. Die Forscherinnen und Forscher sehen unterschiedliche Gründe für die mangelnde Inanspruchnahme, darunter mangelndes Wissen über einen Anspruch, gesellschaftliche Stigmatisierung und die Komplexität der Leistung (https://www.diw.de/de/diw_01.c.699978.de/grundsicherung_hohe_rate_der_nichtinanspruchnahme_deutet_auf_hohe_verdeckte_altersarmut.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung:

Einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Sinne des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) haben alle Personen, die hilfebedürftig und nicht erwerbsfähig sind beziehungsweise nicht mit erwerbsfähigen Personen eine Bedarfsgemeinschaft nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bilden. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen sichern kann. Die Leistungen zum Lebensunterhalt sind so ausgestaltet, dass sie das soziokulturelle Existenzminimum decken. Zusammen mit den Leistungen für Unterkunft, Warmwasser und Heizung, den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie ggf. den Mehrbedarfen, ausgewählten einmaligen Leistungen und zusätzlich für Kinder und Jugendliche den Leistungen für Bildung und Teilhabe sichern die Regelbedarfe den Lebensunterhalt für ein Leben in Würde.

Das zur Ermittlung der Regelbedarfe angewandte Statistikmodell hat sich bewährt und wurde vom Bundesverfassungsgericht bestätigt (Urteil vom 9. Februar 2010, 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09, Rn. 167). Auch in seinem Beschluss vom 23. Juli 2014 (1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13, Rn. 89) erkennt das Bundesverfassungsgericht die Eignung des Statistikmodells nochmals an: „Zur Bestimmung der Höhe der Leistungen für den Regelbedarf hat sich der Gesetzgeber mit dem Statistikmodell auf eine Methode gestützt, die grundsätzlich geeignet ist, die zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums notwendigen Leistungen bedarfsgerecht zu bemessen“. In diesem Beschluss vertritt das Bundesverfassungsgericht zudem die Auffassung, dass dem Gesetzgeber „ein Gestaltungsspielraum bei der Bestimmung von Art und Höhe der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums zukommt.“ Das Bundesverfassungsgericht gesteht dabei dem Gesetzgeber „einen Entscheidungsspielraum bei der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ebenso wie bei der wertenden Einschätzung des notwendigen Bedarfs“ zu (1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13, Rn. 76). Das Gericht führt in Rn. 78 weiter aus, dass „das Grundgesetz [...] insofern auch keine bestimmte Methode vor[schreibt], wodurch der dem Gesetzgeber zustehende Gestaltungsspielraum begrenzt würde. Es kommt dem Gesetzgeber zu, die Methode zur Ermittlung der Bedarfe und zur Berechnung der Leistungen zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz im Rahmen der Tauglichkeit und Sachgerechtigkeit selbst auszuwählen. Die getroffene Entscheidung verändert allerdings nicht die grundrechtlichen Maßstäbe“.

Frage Nr. 1:

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit 2010 entwickelt (bitte differenzieren nach Grundsicherung im Alter sowie Grundsicherung bei Erwerbsminderung und jeweils nach Jahr, Bundesländern und Geschlecht)?

Antwort:

Die Entwicklung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII für Deutschland kann für die Jahre 2010 bis 2018 der nachstehenden Tabelle entnommen werden. Daten zum Ende des Jahres 2019 liegen noch nicht vor. Die entsprechenden Daten für die einzelnen Bundesländer ergeben sich aus der Tabelle zur Frage 1 im Anhang.

**Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Geschlecht ¹⁾ und Altersgruppen ²⁾**

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland										
männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	215.904	229.356	244.915	261.875	277.610	283.557	283.194	291.611	294.248
	Altersgrenze und älter	147.076	158.437	170.653	185.307	199.810	214.089	216.869	227.665	236.236
	Insgesamt	362.980	387.793	415.568	447.182	477.420	497.646	500.063	519.276	530.484
weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	168.661	178.464	190.865	202.879	212.739	218.330	217.114	223.126	224.854
	Altersgrenze und älter	265.005	277.773	293.413	312.126	312.388	322.032	308.726	316.425	323.183
	Insgesamt	433.666	456.237	484.278	515.005	525.127	540.362	525.840	539.551	548.037
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	384.565	407.820	435.780	464.754	490.349	501.887	500.308	514.737	519.102
	Altersgrenze und älter	412.081	436.210	464.066	497.433	512.198	536.121	525.595	544.090	559.419
	Insgesamt	796.646	844.030	899.846	962.187	1.002.547	1.038.008	1.025.903	1.058.827	1.078.521

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII.

Quelle: Statistische Bundesagentur

Frage Nr. 2:

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit 2010 entwickelt (bitte differenzieren nach Grundsicherung im Alter sowie Grundsicherung bei Erwerbsminderung und jeweils nach Jahr, Bundesländern und Geschlecht)?

Antwort:

Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttobedarfs der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII kann für die Jahre 2010 bis 2018 der nachstehenden Tabelle entnommen werden. Daten zum Ende des Jahres 2019 liegen noch nicht vor. Die entsprechenden Daten für die einzelnen Bundesländer ergeben sich aus der Tabelle zur Frage 2 im Anhang.

Durchschnittlicher Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) am Ende des Jahres nach Geschlecht ¹⁾ und Altersgruppen ²⁾

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in Euro								
Deutschland										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	633	651	672	695	710	750	765	780	781
	Altersgrenze und älter	668	688	710	731	752	776	791	802	774
	insgesamt	647	666	687	710	728	761	776	790	778
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	646	665	685	707	725	763	777	793	797
	Altersgrenze und älter	685	704	725	745	768	791	806	817	811
	insgesamt	670	688	709	730	750	780	794	807	805
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	639	657	677	700	717	756	770	786	788
	Altersgrenze und älter	679	698	719	740	761	785	800	811	795
	insgesamt	660	678	699	721	740	771	786	799	792

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PSiG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Frage Nr. 3:

Wie hoch lag in Ein-Personen-Haushalten nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche Bruttobedarf von Empfängerinnen und Empfängern der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in den zehn größten Städten in den Jahren 2018 und 2019?

Antwort:

Für die nach der Einwohnerzahl zehn größten Städte Deutschlands sind die erbetenen Angaben der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Daten zum Ende des Jahres 2019 liegen noch nicht vor.

Durchschnittlicher Bruttobedarf von Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) im Dezember 2018 außerhalb von Einrichtungen in Ein-Personen-Haushalten in den zehn größten Städten

Stadt	Durchschnittlicher Bruttobedarf in Euro
Berlin	911
Dortmund	875
Düsseldorf	915
Essen	869
Frankfurt am Main	972
Hamburg	955
Köln	938
Leipzig	787
München	1 015
Stuttgart	973

Quelle: Statistisches Bundesamt

Frage Nr. 4:

Liegen der Bundesregierung Schätzungen oder Prognosen vor, wie sich die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung innerhalb der nächsten zehn Jahre entwickeln wird? (bitte differenzieren nach Grundsicherung im Alter sowie Grundsicherung bei Erwerbsminderung)? Wenn ja, welche?

Antwort:

Die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in der Zukunft hängt von vielen Einflussfaktoren ab, deren zukünftige Entwicklung mit einem sehr hohen Maß an Unsicherheit behaftet ist. Dies zeigen auch entsprechende Modellberechnungen (wie z.B. von Buslei et al.: „Das Rentenniveau spielt eine wesentliche Rolle für ein niedriges Alterseinkommen“, in DIW Wochenbericht 21+22/2019). Die Fortschreibung der Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist daher sehr stark von den getroffenen Annahmen geprägt. Eine belastbare langfristige Prognose ist aus diesem Grund nicht möglich.

Frage Nr. 5:

Geht die Bundesregierung davon aus, dass die Einführung der Grundrente die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter verändern wird und wenn ja, in welchem Umfang?

Antwort:

Im Entwurf des Grundrentengesetzes ist neben der Einführung der Grundrente auch die Einführung eines Freibetrags in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen. Vom Freibetrag profitieren im Einführungsjahr insgesamt rund 200.000 Personen, wobei davon rund 130.000 Personen bereits Grundsicherung beziehen. Von diesen rund 130.000 Personen werden rund 110.000 Personen zusätzlich eine Grundrente erhalten. Der Freibetrag stellt sicher, dass die Grundrente nicht auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet wird. Aufgrund des Freibetrages werden die meisten Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die eine Grundrente erhalten, weiterhin Grundsicherungsleistungen beziehen, haben aber aufgrund des Freibetrages ein höheres Einkommen. Ohne den Freibetrag würde sich die Anzahl der entsprechenden Personen um rund 45.000 reduzieren.

Frage Nr. 6:

Geht die Bundesregierung davon aus, dass alle Anspruchsberechtigten der Grundsicherung im Alter diesen Anspruch auch geltend machen? Wenn nein, warum nicht?

Frage Nr. 7:

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl der Personen, die ihren Anspruch auf Grundsicherung im Alter nicht einlösen?

Frage Nr. 8:

Wie hoch sind die durchschnittlichen Zahlungsbeträge für Menschen, die einen Grundsicherungsanspruch hätten, diesen aber nicht einlösen (bitte differenzieren nach Grundsicherung im Alter sowie Grundsicherung bei Erwerbsminderung, Bundesländern und Geschlecht)?

Frage Nr. 9:

Welche Gründe bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung, weswegen Menschen ihren Leistungsanspruch in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht einlösen?

Frage Nr. 10:

Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie des DIW zur Grundsicherung im Alter, die zu dem Ergebnis kommt, dass rund 625.000 Privathaushalte, rund 60 Prozent der Anspruchsberechtigten keine Grundsicherung im Alter beantragten und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus

https://www.diw.de/de/diw_01.c.699978.de/grundsicherung_hohe_rate_der_nichtinanspruchnahme_deutet_auf_hohe_verdeckte_altersarmut.html?

Antwort zu Fragen Nr. 6 bis Nr. 10:

Die Bundesstatistik zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII ist eine Leistungsstatistik, in der Daten in Bezug auf die Leistungsgewährung erhoben werden. Die Grundsicherungsstatistik kann deshalb keine Informationen darüber liefern, wie groß die Anzahl der Personen ist, die die Anspruchsvoraussetzungen für diese Leistung erfüllen, diese aber tatsächlich nicht beziehen.

Deshalb basieren Angaben zum Umfang der Nichtinanspruchnahme, wie die aus der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Dezember 2019, lediglich auf Modellrechnungen. Dabei wird eine mögliche Bedürftigkeit in der Grundsicherung auf Basis von Befragungsdaten simuliert. Konkret wird auf Basis der Angaben zu Einkommen und Vermögen, die ein Haushalt in der Befragung gemacht hat, ein hypothetischer Bedarf berechnet und geprüft, ob die Höchstgrenzen für den Leistungsbezug in der Grundsicherung überschritten werden. Ist dies nicht der Fall, erkennt das Modell die Haushaltsmitglieder als Anspruchsberechtigte. Sofern in der Befragung nicht angegeben wurde, dass die Haushaltsmitglieder Grundsicherungsleistungen beziehen, werden die Haushaltsmitglieder als Anspruchsberechtigte gezählt, die ihren Anspruch auf Grundsicherung nicht geltend machen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Simulationsrechnungen mit hoher Unsicherheit einhergehen. Dies spiegelt sich auch in der großen Varianz der Ergebnisse zur

Nichtinanspruchnahme wider, wenn man verschiedene Studien zu dieser Thematik vergleicht. Wie treffsicher mit einer Simulation tatsächlich potentiell Leistungsberechtigte auf der Basis von Befragungsdaten zu Einkommen und Vermögen ermittelt werden, ist grundsätzlich völlig offen, da das Ergebnis - mangels entsprechender Verwaltungsdaten oder anderer gesicherter Statistiken - nicht verifiziert werden kann. Die Güte solcher Simulationsrechnungen lässt sich nur insoweit testen, indem „umgekehrt“ geprüft wird, ob Personen, die angegeben haben, Grundsicherungsleistungen zu beziehen, vom Modell als anspruchsberechtigt erkannt werden. Typischerweise ist auch der Anteil der Fälle sehr hoch, die tatsächlich Grundsicherungsleistung beziehen, aber nach dem Modell gar keinen Anspruch haben. Dies zeigt, dass mit solchen Berechnungen die konkrete Höhe des Bedarfs wegen des im Detail sehr differenzierten Leistungsrechts des SGB XII wenn überhaupt nur näherungsweise bestimmt werden kann. Weitere Unschärfen können dadurch entstehen, dass es sich um Selbstauskünfte der Befragten handelt.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen die Leistungen nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie Ihnen zustehen, ist das Sozialgesetzbuch grundsätzlich darauf angelegt, dass alle Berechtigten die Ihnen zustehenden Sozialleistungen möglichst unkompliziert in Anspruch nehmen können. Dies gilt auch für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Die Träger der Rentenversicherung sind nach § 46 SGB XII und § 109a Abs. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) verpflichtet, alle potenziell Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung über die mögliche Inanspruchnahme dieser Leistungen zu informieren und zu beraten. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage Nr. 15 verwiesen.

Frage Nr. 11:

Welchen Reformbedarf gibt es nach Einschätzung der Bundesregierung, um die Komplexität bei der Grundsicherung im Alter zu verringern sowie mehr Transparenz über einen Leistungsanspruch zu schaffen?

Antwort:

Bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII handelt es sich, ebenso wie bei Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), um bedarfsabhängige und deshalb bedarfsgeprüfte sowie nachrangige Leistungen. Daraus folgt die Notwendigkeit sowohl die Höhe der vorhandenen Bedarfe als auch die Höhe der einzusetzenden eigenen Mittel in jedem Einzelfall festzustellen. Dies führt unvermeidbar dazu, dass die Antragstellenden eine Vielzahl von Angaben machen müssen und die Bearbeitung dieser Anträge wegen der Prüfung von Angaben und deren Bewertung durch die ausführenden Träger aufwändig ist. Transparenz im Sinne einer Gewissheit, ob ein Leistungsanspruch besteht oder nicht, ist deshalb nur

eingeschränkt möglich. Allerdings ist Transparenz in der Hinsicht erforderlich, dass die Antragstellenden Ergebnis und Herleitung beziehungsweise Begründung in Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheiden nachvollziehen können.

In der Gesamtsicht ist festzustellen, dass auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Reformüberlegungen enge Grenzen gesetzt sind. Soweit Vereinfachungen zum Beispiel durch Pauschalierungen vorgeschlagen werden, stehen diese im Spannungsfeld zu dem Wunsch nach einer möglichst hohen Einzelfallorientierung.

Frage Nr. 12:

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in der Grundsicherung im Alter, um die Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu erhöhen? Wenn keine Maßnahmen in Planung sind, warum nicht?

Antwort:

Aus Sicht der Bundesregierung bestehen keine konkreten gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten, um die Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch hilfebedürftige Personen zu erhöhen. Die Träger der Rentenversicherung sind nach § 109a Absatz 1 SGB VI und § 46 SGB XII verpflichtet, alle potenziell Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung über die mögliche Inanspruchnahme von Grundsicherung zu informieren und zu beraten. Ergänzend wird auf die Antworten zu den Fragen Nr. 13 bis Nr. 15 verwiesen.

Frage Nr. 13:

Sieht die Bundesregierung dahingehend Reformbedarf, dass Träger der Sozialhilfe die Leistungsberechtigten bei der Beantragung von Leistungen stärker unterstützen?

Antwort:

Generell ist darauf hinzuweisen, dass für die Träger der Sozialhilfe, wie für alle Träger gesetzlicher Sozialleistungen, nach dem Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuches (Erstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB I) die Pflicht zu Aufklärung, Beratung und Auskunft besteht (§§ 13 bis 15 SGB I). Diese Pflichten beziehen sich nicht nur auf die konkreten Leistungen, für die ein Träger jeweils zuständig ist. Darüber hinaus haben Sozialleistungsträger auch bei der Antragstellung zu unterstützen (§ 16 SGB I), womit auch Entgegennahme und Weiterleitung von Anträgen umfasst sind, wenn ein anderer Träger zuständig ist. Ferner haben Sozialleistungsträger den Zugang zu Sozialleistungen möglichst einfach und allgemein verständlich zu gestalten sowie Sozialleistungen in barrierefreien Räumen und Anlagen auszuführen und im Bedarfsfall über geeignete Kommunikationshilfen zu kommunizieren (§ 17 SGB I).

Darüber hinaus beinhaltet das Sozialhilferecht im SGB XII die Vorgabe, dass die Leistungen auch die gebotene Beratung und Unterstützung umfassen müssen (§ 8 SGB XII). Ferner haben die ausführenden Träger in geeigneten Fällen auch auf Beratung und Unterstützung durch Verbände der freien Wohlfahrtspflege, auf die rechtsberatenden Berufe und sonstige Organisationen und Stellen hinzuweisen (§ 11 Absatz 5 Satz 1 SGB XII).

Entscheidend ist, dass die die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ausführenden Träger im Einzelfall auf die konkrete Situation von einkommensschwachen älteren oder dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen eingehen, die sich ratsuchend oder hilfesuchend an sie wenden.

Frage Nr. 14:

Gibt es von Seiten der Bundesregierung Überlegungen, den Bewilligungszeitraum der Grundsicherung im Alter zu erhöhen, damit sich Leistungsberechtigte seltener an die Behörden wenden müssen?

Antwort:

Das Antragsprinzip sowie die zeitliche Befristung von Bewilligungszeiträumen (§ 44 Absatz 1 und 3 SGB XII) in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stellen seit deren Einführung im Jahr 2003 zwei wesentliche Unterschiede im Vergleich zur Hilfe zum Lebensunterhalt dar. Bewilligungszeiträume sind demnach „regelmäßig“ auf zwölf Monate zu befristen. Woraus folgt, dass im begründeten Einzelfall auch längere oder auch kürzere Bewilligungszeiträume möglich sind.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die damit geltende Rechtslage hinsichtlich der zeitlichen Dauer von Bewilligungszeiträumen ausreichend. Dies gilt auch deshalb, weil die Verlängerung eines Bewilligungszeitraums nicht notwendigerweise bedeuten würde, dass sich die Leistungsberechtigten deshalb seltener an den ausführenden Träger wenden müssen. Wenn sich während der Laufzeit eines Bewilligungszeitraums Bedarfe oder die Höhe der verfügbaren eigenen Mittel verändern, müssen sich die Leistungsberechtigten an den ausführenden Träger wenden. Dieser ist dann verpflichtet solche Änderungen zu prüfen und gegebenenfalls den laufenden Bewilligungsbescheid entsprechend abzuändern.

Ferner können verlängerte Bewilligungszeiträume zur Folge haben, dass sich die dann vorzunehmenden Prüfungen mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur vorangegangenen Prüfung von Einkommen und Vermögen aufwendiger gestaltet. Zudem können diese Prüfungen auch Überzahlungen ergeben, wenn Änderungen nicht rechtzeitig mitgeteilt und damit dem Träger nicht bekannt geworden sind. Diese sind dann grundsätzlich

zurückzufordern. Vor diesem Hintergrund stellt ein regelmäßiger Bewilligungszeitraum von zwölf Monaten einen ausgewogenen Kompromiss dar.

Frage Nr. 15:

Sieht die Bundesregierung dahingehend Reformbedarf, durch eine verbesserte Kommunikation und einen Datenabgleich zwischen den Trägern der Sozialhilfe und der Rentenversicherung einen Leistungsanspruch zu identifizieren und Leistungsberechtigte hierüber proaktiv zu informieren?

Antwort:

Die Bundesregierung sieht hier keinen Reformbedarf. Es besteht seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 1. Januar 2003 eine Informationspflicht der Träger der Rentenversicherung. Nach § 109a Absatz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) und § 5 Grundsicherungsgesetz (GSiG) beziehungsweise seit 2005 nach § 46 SGB XII sind die Rentenversicherungsträger verpflichtet, Personen über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu informieren und zu beraten, sofern diese rentenberechtigt sind und ein der Regelaltersgrenze entsprechendes Lebensalter erreicht haben oder volljährig und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind. Besteht keine Rentenberechtigung, weil die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Rentenanspruch nicht vorliegen, dann beraten und informieren die Träger der Rentenversicherung im Einzelfall auf Antrag.

Darüber hinaus hat ein Rentenversicherungsträger den Bezieherinnen und Beziehern jeder neu festgestellten Regelaltersrente und zeitlich unbefristet zu gewährenden Rente wegen voller Erwerbsminderung zusammen mit dem Rentenbescheid eine schriftliche Information über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übersenden. Davon ist nur dann abzusehen, wenn aufgrund der Höhe der Rente und den vom Rentenversicherungsträger im Rentenverfahren zu ermittelnden weiteren Einkommen ein Bezug von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht in Betracht kommt. Liegt die neu festgestellte Rente aber unterhalb eines Grenzbetrags in Höhe des 27-fachen des aktuellen Rentenwerts (im ersten Halbjahr 2020: 33,05 Euro x 27 = 892,35 Euro), dann ist der schriftlichen Information zusätzlich auch ein Antragsformular für Grundsicherungsleistungen beizufügen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass der ausgefüllte Antrag auch beim Rentenversicherungsträger abgegeben werden kann. Damit kann unterstellt werden, dass die heutigen Bezieherinnen und Bezieher einer Regelaltersrente und einer unbefristet gewährten Rente wegen voller Erwerbsminderung über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung informiert worden sind.

Ein zusätzlicher Datenabgleich zwischen Rentenversicherungs- und Sozialhilfeträgern könnte zwar aktuelle Informationen über die Höhe bezogener Renten liefern, aber nicht die ebenfalls

erforderlichen Informationen über die materiellen Lebensverhältnisse. Letzteres bedeutet insbesondere, ob die Bezieherinnen und Bezieher der Renten beispielsweise allein oder in einer Partnerschaft leben. Diese Informationen sind jedoch von zentraler Bedeutung für eine erste Einschätzung, ob Hilfebedürftigkeit nach dem Vierten Kapitel des SGB XII vorliegen könnte.

Frage Nr. 16:

Wie viele Personen im Leistungsbezug von Grundsicherung im Alter nach dem Vierten Kapitel des SGB XII verfügten nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 und 2019 über ein Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit, welches nach § 82 Abs. 3 SGB XII angerechnet wurde, und wie hoch lag das angerechnete Einkommen der Leistungsberechtigten durchschnittlich (bitte nach Jahren und Einkommensart differenzieren)?

Antwort:

In der amtlichen Grundsicherungsstatistik nach dem Vierten Kapitel SGB XII wird unter anderem die Anrechnung von „Erwerbseinkommen“ erfasst. Eine Differenzierung nach selbständiger und nichtselbständiger Tätigkeit erfolgt hier nicht. Ende 2018 erhielten 559.419 Personen, die die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII erreicht hatten, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII. Bei 454.788 dieser Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wurde Einkommen angerechnet, darunter waren 11.013 Personen denen Erwerbseinkommen angerechnet wurden. Das durchschnittlich angerechnete Einkommen dieser Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle. Daten zum Ende des Jahres 2019 liegen noch nicht vor.

Durchschnittlich angerechnetes Einkommen von Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter 1) mit Erwerbseinkommen

Durchschnittlich angerechnetes Einkommen in Euro	Dezember 2018
insgesamt	441
davon	
Erwerbseinkommen	126
Vermögenseinkünfte	1
Rente wegen Erwerbsminderung	1
Altersrente	277
Hinterbliebenenrente	14
Versorgungsbezüge	0
Renten aus privater Vorsorge	1
Renten aus betrieblicher Vorsorge	1
öffentlich-rechtliche Leistungen für Kinder	0
Einkünfte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)	0
übersteigendes Einkommen eines Partners gem. § 43 Abs. 1 SGB X	4
sonstige Einkünfte	15

1) Über der Altersgrenze zum Renteneintrittsalter nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle zur Frage 1

**Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht ¹⁾ und Altersgruppen ²⁾**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Baden-Württemberg									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	19.950	20.933	21.916	23.060	24.481	26.156	25.785	26.183	26.111
Altersgrenze und älter	14.309	15.438	16.495	17.773	19.306	20.860	20.982	21.944	22.678
Insgesamt	34.259	36.371	38.411	40.833	43.787	47.016	46.767	48.127	48.789
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	15.779	16.626	17.545	18.583	19.627	20.662	20.406	20.740	20.747
Altersgrenze und älter	24.882	26.102	27.531	29.409	30.205	31.768	30.145	30.704	31.366
Insgesamt	40.661	42.728	45.076	47.992	49.832	52.430	50.551	51.444	52.113
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	35.729	37.559	39.461	41.643	44.108	46.818	46.191	46.923	46.858
Altersgrenze und älter	39.191	41.540	44.026	47.182	49.511	52.628	51.127	52.648	54.044
Insgesamt	74.920	79.099	83.487	88.825	93.619	99.446	97.318	99.571	100.902
Bayern									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	21.692	23.162	24.720	26.863	28.185	29.497	29.676	30.327	30.140
Altersgrenze und älter	19.659	21.426	23.295	25.132	26.564	28.372	28.764	29.850	30.402
Insgesamt	41.351	44.588	48.015	51.995	54.749	57.869	58.440	60.177	60.542
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	17.721	18.820	20.001	21.382	22.188	23.211	23.081	23.579	23.510
Altersgrenze und älter	32.756	35.096	37.992	40.637	40.211	41.686	40.498	41.581	42.246
Insgesamt	50.477	53.916	57.993	62.019	62.399	64.897	63.579	65.160	65.756
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	39.413	41.982	44.721	48.245	50.373	52.708	52.757	53.906	53.650
Altersgrenze und älter	52.415	56.522	61.287	65.769	66.775	70.058	69.262	71.431	72.648
Insgesamt	91.828	98.504	106.008	114.014	117.148	122.766	122.019	125.337	126.298
Berlin									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	16.104	17.115	18.105	18.959	19.956	20.531	20.648	21.476	21.964
Altersgrenze und älter	12.978	13.827	14.805	15.984	17.222	18.392	18.962	19.941	20.699
Insgesamt	29.082	30.942	32.910	34.943	37.178	38.923	39.610	41.417	42.663
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	11.860	12.676	13.566	14.370	14.999	15.464	15.573	16.176	16.515
Altersgrenze und älter	18.669	19.368	20.335	21.503	21.806	22.727	22.115	22.617	23.116
Insgesamt	30.529	32.044	33.901	35.873	36.805	38.191	37.688	38.793	39.631
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	27.964	29.791	31.671	33.329	34.955	35.995	36.221	37.652	38.479
Altersgrenze und älter	31.647	33.195	35.140	37.487	39.028	41.119	41.077	42.558	43.815
Insgesamt	59.611	62.986	66.811	70.816	73.983	77.114	77.298	80.210	82.294
Brandenburg									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	8.051	8.563	8.997	9.346	9.896	10.379	10.229	10.480	10.646
Altersgrenze und älter	2.269	2.388	2.573	2.791	3.075	3.368	3.406	3.562	3.846
Insgesamt	10.320	10.951	11.570	12.137	12.971	13.747	13.635	14.042	14.492
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	5.088	5.288	5.525	5.811	6.070	6.280	6.167	6.268	6.283
Altersgrenze und älter	4.392	4.491	4.588	4.831	4.586	4.584	3.965	4.055	4.168
Insgesamt	9.480	9.779	10.113	10.642	10.656	10.864	10.132	10.323	10.451
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	13.139	13.851	14.522	15.157	15.966	16.659	16.396	16.748	16.929
Altersgrenze und älter	6.661	6.879	7.161	7.622	7.661	7.952	7.371	7.617	8.014
Insgesamt	19.800	20.730	21.683	22.779	23.627	24.611	23.767	24.365	24.943
Bremen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	2.638	2.886	2.994	3.162	3.350	3.424	3.454	3.511	3.533
Altersgrenze und älter	2.341	2.593	2.731	2.967	3.241	3.471	3.570	3.705	3.881
Insgesamt	4.979	5.479	5.725	6.129	6.591	6.895	7.024	7.216	7.414
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	2.308	2.520	2.606	2.806	2.945	2.931	2.916	2.919	2.978
Altersgrenze und älter	4.654	4.910	5.065	5.327	5.362	5.517	5.341	5.375	5.463
Insgesamt	6.962	7.430	7.671	8.133	8.307	8.448	8.257	8.294	8.441
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	4.946	5.406	5.600	5.968	6.295	6.355	6.370	6.430	6.511
Altersgrenze und älter	6.995	7.503	7.796	8.294	8.603	8.988	8.911	9.080	9.344
Insgesamt	11.941	12.909	13.396	14.262	14.898	15.343	15.281	15.510	15.855
Hamburg									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	5.890	6.399	6.995	7.617	8.498	8.917	9.166	9.417	9.815
Altersgrenze und älter	7.798	8.343	8.928	9.510	10.195	10.790	11.025	11.478	11.975
Insgesamt	13.688	14.742	15.923	17.127	18.693	19.707	20.191	20.895	21.790
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	5.042	5.497	6.009	6.525	7.252	7.605	7.728	8.059	8.317
Altersgrenze und älter	10.790	11.387	11.957	12.710	13.078	13.657	13.524	14.062	14.498
Insgesamt	15.832	16.884	17.966	19.235	20.330	21.262	21.252	22.121	22.815
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	10.932	11.896	13.004	14.142	15.750	16.522	16.894	17.476	18.132
Altersgrenze und älter	18.588	19.730	20.885	22.220	23.273	24.447	24.549	25.540	26.473
Insgesamt	29.520	31.626	33.889	36.362	39.023	40.969	41.443	43.016	44.605

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

**Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht ¹⁾ und Altersgruppen ²⁾**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Hessen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	16.441	17.692	18.686	19.858	21.003	21.657	21.704	23.114	23.460
Altersgrenze und älter	13.310	14.444	15.439	16.748	18.032	19.262	19.636	20.501	21.326
Insgesamt	29.751	32.136	34.125	36.606	39.035	40.919	41.340	43.615	44.786
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	13.327	14.365	15.242	16.289	17.202	17.837	17.805	18.820	19.019
Altersgrenze und älter	23.153	24.558	25.437	26.991	27.253	28.253	27.560	28.441	29.276
Insgesamt	36.480	38.923	40.679	43.280	44.455	46.090	45.365	47.261	48.295
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	29.768	32.057	33.928	36.147	38.205	39.494	39.509	41.934	42.479
Altersgrenze und älter	36.463	39.002	40.876	43.739	45.285	47.515	47.196	48.942	50.602
Insgesamt	66.231	71.059	74.804	79.886	83.490	87.009	86.705	90.876	93.081
Mecklenburg-Vorpommern									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	7.230	7.673	8.309	9.153	9.760	9.960	9.622	9.791	9.725
Altersgrenze und älter	1.821	1.954	2.119	2.388	2.586	2.776	2.706	2.856	3.008
Insgesamt	9.051	9.627	10.428	11.541	12.346	12.736	12.328	12.647	12.733
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	4.306	4.571	4.849	5.375	5.593	5.652	5.308	5.337	5.386
Altersgrenze und älter	3.544	3.651	3.803	4.093	3.926	3.845	3.229	3.242	3.265
Insgesamt	7.850	8.222	8.652	9.468	9.519	9.497	8.537	8.579	8.651
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	11.536	12.244	13.158	14.528	15.353	15.612	14.930	15.128	15.111
Altersgrenze und älter	5.365	5.605	5.922	6.481	6.512	6.621	5.935	6.098	6.273
Insgesamt	16.901	17.849	19.080	21.009	21.865	22.233	20.865	21.226	21.384
Niedersachsen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	24.574	25.919	27.224	28.951	30.497	31.501	31.702	32.526	32.572
Altersgrenze und älter	14.828	15.970	16.908	18.282	19.867	21.157	21.434	22.441	22.993
Insgesamt	39.402	41.889	44.132	47.233	50.364	52.658	53.136	54.967	55.565
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	19.317	20.304	21.456	22.932	24.033	24.611	24.506	25.085	25.231
Altersgrenze und älter	27.170	28.460	29.711	31.274	30.938	31.738	30.172	30.944	31.317
Insgesamt	46.487	48.764	51.167	54.206	54.971	56.349	54.678	56.029	56.548
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	43.891	46.223	48.680	51.883	54.530	56.112	56.208	57.611	57.803
Altersgrenze und älter	41.998	44.430	46.619	49.556	50.805	52.895	51.606	53.385	54.310
Insgesamt	85.889	90.653	95.299	101.439	105.335	109.007	107.814	110.996	112.113
Nordrhein-Westfalen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	49.923	52.876	57.674	62.743	67.642	65.848	66.587	69.165	70.155
Altersgrenze und älter	37.329	39.866	43.299	47.682	51.457	55.285	56.276	59.242	61.607
Insgesamt	87.252	92.742	100.973	110.425	119.099	121.133	122.863	128.407	131.762
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	42.111	44.032	48.075	50.823	53.723	54.352	54.699	56.408	56.977
Altersgrenze und älter	74.916	77.636	82.635	88.420	89.264	92.139	89.571	91.526	93.447
Insgesamt	117.027	121.668	130.710	139.243	142.987	146.491	144.270	147.934	150.424
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	92.034	96.908	105.749	113.566	121.365	120.200	121.286	125.573	127.132
Altersgrenze und älter	112.245	117.502	125.934	136.102	140.721	147.424	145.847	150.768	155.054
Insgesamt	204.279	214.410	231.683	249.668	262.086	267.624	267.133	276.341	282.186
Rheinland-Pfalz									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	9.380	9.934	10.409	10.803	11.355	11.755	11.662	12.087	12.498
Altersgrenze und älter	6.116	6.591	6.997	7.511	8.095	8.655	8.675	9.162	9.712
Insgesamt	15.496	16.525	17.406	18.314	19.450	20.410	20.337	21.249	22.210
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	7.962	8.362	8.779	9.145	9.377	9.684	9.615	9.931	10.105
Altersgrenze und älter	12.261	12.842	13.360	14.167	13.949	14.040	13.442	13.921	14.530
Insgesamt	20.223	21.204	22.139	23.312	23.326	23.724	23.057	23.852	24.635
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	17.342	18.296	19.188	19.948	20.732	21.439	21.277	22.018	22.603
Altersgrenze und älter	18.377	19.433	20.357	21.678	22.044	22.695	22.117	23.083	24.242
Insgesamt	35.719	37.729	39.545	41.626	42.776	44.134	43.394	45.101	46.845
Saarland									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	2.682	3.058	3.326	3.605	3.862	4.029	4.014	4.078	4.090
Altersgrenze und älter	1.940	2.156	2.339	2.560	2.891	3.153	3.203	3.385	3.478
Insgesamt	4.622	5.214	5.665	6.165	6.753	7.182	7.217	7.463	7.568
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	2.303	2.631	2.837	3.007	3.149	3.257	3.220	3.268	3.299
Altersgrenze und älter	4.379	4.635	4.891	5.222	5.249	5.375	5.106	5.194	5.257
Insgesamt	6.682	7.266	7.728	8.229	8.398	8.632	8.326	8.462	8.556
Insgesamt 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	4.985	5.689	6.163	6.612	7.011	7.286	7.234	7.346	7.389
Altersgrenze und älter	6.319	6.791	7.230	7.782	8.140	8.528	8.309	8.579	8.735
Insgesamt	11.304	12.480	13.393	14.394	15.151	15.814	15.543	15.925	16.124

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

**Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht ¹⁾ und Altersgruppen ²⁾**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Sachsen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	9.165	9.526	10.156	11.172	11.591	11.825	11.256	11.380	11.361
Altersgrenze und älter	3.234	3.413	3.746	4.075	4.502	5.016	4.851	5.290	5.620
Insgesamt	12.399	12.939	13.902	15.247	16.093	16.841	16.107	16.670	16.981
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	6.228	6.456	6.790	7.359	7.547	7.630	7.281	7.270	7.269
Altersgrenze und älter	6.055	6.243	6.657	6.959	6.642	6.767	5.860	6.062	6.115
Insgesamt	12.283	12.699	13.447	14.318	14.189	14.397	13.141	13.332	13.384
Insgesam 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	15.393	15.982	16.946	18.531	19.138	19.455	18.537	18.650	18.630
Altersgrenze und älter	9.289	9.656	10.403	11.034	11.144	11.783	10.711	11.352	11.735
Insgesamt	24.682	25.638	27.349	29.565	30.282	31.238	29.248	30.002	30.365
Sachsen-Anhalt									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	7.676	8.377	9.338	9.622	9.850	10.081	9.866	9.825	9.325
Altersgrenze und älter	2.248	2.501	2.843	2.978	3.145	3.304	3.237	3.423	3.581
Insgesamt	9.924	10.878	12.181	12.600	12.995	13.385	13.103	13.248	12.906
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	4.987	5.454	6.026	6.196	6.257	6.265	6.043	6.054	5.772
Altersgrenze und älter	4.372	4.696	5.169	5.314	4.765	4.780	3.981	3.984	4.010
Insgesamt	9.359	10.150	11.195	11.510	11.022	11.045	10.024	10.038	9.782
Insgesam 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	12.663	13.831	15.364	15.818	16.107	16.346	15.909	15.879	15.097
Altersgrenze und älter	6.620	7.197	8.012	8.292	7.910	8.084	7.218	7.407	7.591
Insgesamt	19.283	21.028	23.376	24.110	24.017	24.430	23.127	23.286	22.688
Schleswig-Holstein									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	9.010	9.380	9.902	10.377	10.782	11.002	11.024	11.406	11.779
Altersgrenze und älter	5.436	5.928	6.373	6.964	7.526	7.970	7.993	8.566	8.947
Insgesamt	14.446	15.308	16.275	17.341	18.308	18.972	19.017	19.972	20.726
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	6.884	7.270	7.692	8.162	8.538	8.676	8.747	9.130	9.296
Altersgrenze und älter	10.095	10.599	11.015	11.843	11.936	12.060	11.541	11.993	12.317
Insgesamt	16.979	17.869	18.707	20.005	20.474	20.736	20.288	21.123	21.613
Insgesam 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	15.894	16.650	17.594	18.539	19.320	19.678	19.771	20.536	21.075
Altersgrenze und älter	15.531	16.527	17.388	18.807	19.462	20.030	19.534	20.559	21.264
Insgesamt	31.425	33.177	34.982	37.346	38.782	39.708	39.305	41.095	42.339
Thüringen									
männlich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	5.498	5.863	6.164	6.584	6.902	6.995	6.799	6.845	7.074
Altersgrenze und älter	1.460	1.599	1.763	1.962	2.106	2.258	2.149	2.319	2.483
Insgesamt	6.958	7.462	7.927	8.546	9.008	9.253	8.948	9.164	9.557
weiblich 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	3.438	3.592	3.867	4.114	4.239	4.213	4.019	4.082	4.150
Altersgrenze und älter	2.917	3.099	3.267	3.426	3.218	3.096	2.676	2.724	2.792
Insgesamt	6.355	6.691	7.134	7.540	7.457	7.309	6.695	6.806	6.942
Insgesam 18 Jahre bis unter der Altersgrenze	8.936	9.455	10.031	10.698	11.141	11.208	10.818	10.927	11.224
Altersgrenze und älter	4.377	4.698	5.030	5.388	5.324	5.354	4.825	5.043	5.275
Insgesamt	13.313	14.153	15.061	16.086	16.465	16.562	15.643	15.970	16.499

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

Tabelle zur Frage 2

**Durchschnittlicher Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung
im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht 1) und Altersgruppen2)**

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in Euro								
Baden-Württemberg										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	636	655	677	698	716	751	767	781	781
	Altersgrenze und älter	671	694	718	742	761	777	797	810	776
	insgesamt	651	672	694	717	736	762	781	794	779
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	646	665	688	708	726	759	778	791	796
	Altersgrenze und älter	686	708	729	752	773	790	809	821	815
	insgesamt	671	691	713	735	755	778	797	809	807
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	640	659	682	703	721	754	772	785	788
	Altersgrenze und älter	681	703	725	748	769	785	804	816	799
	insgesamt	662	682	704	727	746	771	789	802	794
Bayern										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	637	659	683	709	718	756	774	795	797
	Altersgrenze und älter	700	723	746	770	786	807	825	836	801
	insgesamt	667	690	713	739	751	781	799	815	799
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	650	671	694	719	731	769	786	806	812
	Altersgrenze und älter	702	723	747	770	790	812	830	841	831
	insgesamt	683	705	729	752	770	796	814	828	824
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	642	664	688	713	724	762	779	800	804
	Altersgrenze und älter	701	723	746	770	789	810	828	839	818
	insgesamt	676	698	722	746	761	789	807	822	812
Berlin										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	628	642	664	679	712	839	853	861	854
	Altersgrenze und älter	642	657	681	697	742	829	843	853	823
	insgesamt	634	649	671	687	726	834	848	857	839
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	645	660	682	696	736	839	853	863	859
	Altersgrenze und älter	655	672	692	708	763	844	857	869	858
	insgesamt	651	667	688	703	752	842	855	866	858
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	635	650	672	686	722	839	853	862	856
	Altersgrenze und älter	650	666	687	703	754	837	850	862	841
	insgesamt	643	658	680	695	739	838	852	862	848
Brandenburg										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	594	610	629	648	667	697	714	733	729
	Altersgrenze und älter	621	639	658	679	704	718	740	756	729
	insgesamt	600	616	636	656	675	702	721	739	729
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	587	600	620	641	661	693	706	725	728
	Altersgrenze und älter	644	662	679	698	718	733	749	765	757
	insgesamt	613	629	647	667	685	710	723	741	740
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	592	606	626	646	664	695	711	730	729
	Altersgrenze und älter	636	654	671	692	712	727	745	761	744
	insgesamt	607	622	641	661	680	705	722	740	733
Bremen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	669	683	705	727	730	769	782	800	805
	Altersgrenze und älter	682	698	720	744	760	777	789	802	773
	insgesamt	675	690	712	735	745	773	785	801	788
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	691	708	730	744	760	793	806	822	829
	Altersgrenze und älter	711	726	745	764	777	796	806	822	817
	insgesamt	705	719	739	757	771	795	806	822	821
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	680	695	716	735	744	780	793	810	816
	Altersgrenze und älter	701	716	736	757	770	789	799	814	799
	insgesamt	692	707	728	748	760	785	797	812	806

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

**Durchschnittlicher Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung
im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht 1) und Altersgruppen2)**

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in Euro								
Hamburg										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	748	768	789	807	837	872	872	885	885
	Altersgrenze und älter	740	761	781	801	828	858	857	865	841
	insgesamt	743	764	784	804	832	865	864	874	861
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	767	787	808	829	861	900	893	908	908
	Altersgrenze und älter	764	786	806	825	855	882	885	894	892
	insgesamt	765	786	806	826	857	889	888	899	898
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	757	777	798	817	848	885	882	895	895
	Altersgrenze und älter	754	775	795	815	843	872	872	881	869
	insgesamt	755	776	796	816	845	877	876	887	880
Hessen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	674	695	713	731	741	772	789	817	811
	Altersgrenze und älter	689	710	734	752	768	788	805	815	785
	insgesamt	681	702	722	741	754	779	796	816	799
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	686	706	726	747	757	788	806	827	827
	Altersgrenze und älter	708	727	750	769	786	809	827	839	832
	insgesamt	700	719	741	761	775	801	818	834	830
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	679	700	719	738	748	779	796	821	818
	Altersgrenze und älter	701	721	744	763	779	800	817	829	812
	insgesamt	691	711	732	752	765	791	808	825	815
Mecklenburg-Vorpommern										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	605	619	638	663	684	712	729	738	739
	Altersgrenze und älter	614	632	654	680	703	719	738	751	734
	insgesamt	607	622	641	667	688	714	731	741	738
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	601	615	633	659	680	709	720	735	739
	Altersgrenze und älter	643	659	675	696	718	731	743	754	757
	insgesamt	620	635	651	675	696	718	729	742	746
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	604	618	636	662	682	711	726	737	739
	Altersgrenze und älter	633	649	667	690	712	726	740	753	746
	insgesamt	613	628	646	670	691	715	730	741	741
Niedersachsen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	628	645	668	688	701	729	743	755	759
	Altersgrenze und älter	649	666	687	706	723	741	755	765	744
	insgesamt	636	653	675	695	710	734	748	759	753
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	639	658	680	698	713	740	754	767	773
	Altersgrenze und älter	665	683	702	721	739	756	771	782	779
	insgesamt	655	672	693	712	728	749	763	775	776
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	633	650	673	692	706	734	748	760	765
	Altersgrenze und älter	659	677	697	716	733	750	764	775	764
	insgesamt	646	663	685	704	719	742	756	767	765
Nordrhein-Westfalen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	644	668	679	709	722	754	768	782	783
	Altersgrenze und älter	667	687	707	729	749	764	778	788	760
	insgesamt	654	676	691	718	734	759	773	784	773
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	661	682	694	723	737	769	782	796	800
	Altersgrenze und älter	695	712	731	752	771	787	800	809	801
	insgesamt	683	701	718	742	758	780	793	804	801
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	652	674	686	715	728	760	774	788	791
	Altersgrenze und älter	685	704	723	744	763	779	791	801	785
	insgesamt	670	690	706	731	747	771	784	795	788

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

**Durchschnittlicher Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung
im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht 1) und Altersgruppen2)**

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in Euro								
Rheinland-Pfalz										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	597	613	639	665	676	714	727	737	752
	Altersgrenze und älter	628	646	668	691	706	730	746	758	736
	insgesamt	610	626	651	676	689	721	735	746	745
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	612	626	653	676	691	727	740	753	771
	Altersgrenze und älter	640	656	680	705	722	748	764	773	772
	insgesamt	629	644	670	694	710	739	754	765	772
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	604	619	645	670	683	720	733	744	760
	Altersgrenze und älter	636	652	676	700	716	741	757	767	757
	insgesamt	621	636	661	686	700	731	745	756	759
Saarland										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	632	644	672	697	704	752	765	774	775
	Altersgrenze und älter	656	670	695	719	732	759	773	781	751
	insgesamt	642	655	682	706	716	755	769	777	764
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	643	660	684	708	714	760	776	789	791
	Altersgrenze und älter	676	692	716	736	749	779	793	802	792
	insgesamt	665	681	704	726	736	772	786	797	792
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	637	651	678	702	709	755	770	781	782
	Altersgrenze und älter	670	685	709	730	743	772	785	794	776
	insgesamt	655	670	695	717	727	764	778	788	779
Sachsen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	571	581	604	630	648	679	691	709	708
	Altersgrenze und älter	600	620	641	668	688	707	720	731	700
	insgesamt	579	591	614	640	659	687	700	716	706
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	567	575	596	622	640	671	681	701	705
	Altersgrenze und älter	624	641	661	684	701	715	725	735	730
	insgesamt	595	607	628	652	669	692	701	717	717
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	569	578	601	627	645	676	687	706	707
	Altersgrenze und älter	616	634	654	678	695	712	723	733	716
	insgesamt	587	599	621	646	663	689	700	716	710
Sachsen-Anhalt										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	576	586	631	641	655	696	704	713	712
	Altersgrenze und älter	595	611	653	673	692	708	722	735	708
	insgesamt	580	591	636	649	664	699	709	719	711
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	573	582	624	636	650	689	698	704	709
	Altersgrenze und älter	621	631	666	681	701	717	722	735	731
	insgesamt	596	605	644	657	672	701	708	716	718
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	575	584	628	639	653	693	702	710	711
	Altersgrenze und älter	612	624	661	678	697	714	722	735	720
	insgesamt	588	598	640	653	668	700	708	718	714
Schleswig-Holstein										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	654	672	690	713	734	760	775	793	797
	Altersgrenze und älter	675	694	714	735	754	771	789	799	780
	insgesamt	662	680	700	722	742	765	781	796	790
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	671	688	708	728	748	774	789	805	810
	Altersgrenze und älter	696	712	730	750	771	791	804	819	814
	insgesamt	686	702	721	741	761	784	798	813	813
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	661	679	698	720	740	766	781	799	803
	Altersgrenze und älter	689	706	724	744	764	783	798	811	800
	insgesamt	675	692	711	732	752	775	790	805	802

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.

**Durchschnittlicher Bruttobedarf der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung
im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
am Ende des Jahres nach Bundesländern, Geschlecht 1) und Altersgruppen2)**

		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
		in Euro								
Thüringen										
Männlich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	574	591	609	626	640	672	685	697	698
	Altersgrenze und älter	601	623	646	670	687	705	718	733	705
	insgesamt	580	598	617	636	651	680	693	706	700
Weiblich	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	562	577	596	614	633	666	676	693	693
	Altersgrenze und älter	616	634	652	671	689	706	717	726	731
	insgesamt	587	603	622	640	657	683	692	707	708
Insgesamt	18 Jahre bis unter der Altersgrenze	570	586	604	621	637	670	681	696	697
	Altersgrenze und älter	611	630	650	671	688	705	717	729	719
	insgesamt	583	601	620	638	654	681	692	706	704

1) Ab 2017: Personen mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Abs. 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Altersgruppen bis einschl. 2014: 18 Jahre bis unter 65 Jahre und 65 Jahre und älter.

Altersgruppen ab 2015: Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII.